

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Umgang mit Konflikten**am Arbeitsplatz** D2.4.1420

23.–24.1.2014; Restaurant Römertor, Winterthur

Inhalt: Kommunikation, Konfliktformen und Eskalationsstufen, Interventioninstrumente. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen D2.4.1418

27.–28.1.2014; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH

Inhalt: Erkennen und Einschätzen von Verhandlungsspielräumen, Vorbereitung und Phasen eines Verhandlungsgesprächs, Win-win-Strategien (Harvard-Prinzipien), Techniken im Gespräch, Übungen anhand von Fallbeispielen. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Effizient lesen – die Infoflut bewältigen D2.6.1432

17.2.2014; ibW Höhere Fachschule Südostschweiz, Chur

Inhalt: Eigener Umgang mit der Infoflut, Entwicklung persönlicher Aus-

wahlkriterien, Techniken und Strategien für erhöhte Lesegeschwindigkeit und Merkfähigkeit. Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

Älter werden im Beruf D2.5.1413

18.–19.2.2014; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH

Inhalt: Stärken und Schwächen herausarbeiten, Balance von Berufs- und Privatleben, Veränderungen planen und in Angriff nehmen, Umgang mit der eigenen Energie. Referentin: Astrid Mehr (Erwachsenenbildnerin)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70

Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

IMPRESSUM

HerausgeberSP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43 310 (Wemf)**Abonnementspreise**Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch**Redaktion**

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Nicole Amacher (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktionlisa.schaedel@spschweiz.ch**Gestaltungskonzept**muellerluetolf.ch**Produktion**

Atelier Kurt Bläuer, Bern

DruckRingier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern**Anzeigen**Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.12.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 13.1.2014

CARTE BLANCHE



Marc Bühlmann ist Leiter des Année Politique Suisse an der Universität Bern

Zu viel direkte Demokratie?

Volksinitiativen stehen in der Kritik. Beklagt wird eine Flut an Vorstössen, die Kosten und Leerlauf verursachen und als Wahlplattform missbraucht werden. Zudem würden vermehrt rechtsverletzende Begehren angenommen. Auf der Gegenseite wird die mangelnde Umsetzung von erfolgreichen Volksentscheiden kritisiert. Heilmittel werden mitgeliefert: Höhere Unterschriftenhürden, Verfassungsgerichtsbarkeit, Durchsetzungsinitiativen. Ist die Kritik berechtigt?

Tatsächlich zeigt sich ein zunehmender Trend, Vorstösse zu lancieren – mit deutlichen Höhepunkten um die Wahljahre. Zeitlich verschoben nimmt aber auch die Zahl nicht zustande gekommener Begehren zu, was der Forderung nach höheren Hürden die Spitze nimmt. Die Gretchenfrage ist, ob es ein Zuviel an direkter Demokratie geben kann. Volksinitiativen sind Ventile, verschaffen Anliegen Luft, die es in der repräsentativen Demokratie kaum in die politische Arena schaffen. Opposition von unten forciert politische Debatten und schafft öffentliche Diskussion. Die so entstehenden Argumente sind Treibstoff für demokratische Entscheidungsprozesse. Je mehr Argumente, desto breiter abgestützt ist der Prozess, desto stärker muss ein Entscheid ausgehandelt und austariert werden.

Der Erfolg von Initiativen bemisst sich deshalb nicht an deren Annahme oder wortgetreuen Umsetzung. Argumente von unten fliessen so oder so in neue politische Entscheidungen ein und justieren deren Richtung. Bei angenommenen Initiativen erfolgen Opposition und Kontrolle allerdings von oben, empfiehlt doch das Parlament Initiativen in der Regel zur Ablehnung oder schwächt diese zu Gegenvorschlägen ab. Auch hier muss aber eine Aushandlung unterschiedlicher Argumente stattfinden. Entscheidungshoheit kann in einer Konsensdemokratie von niemandem beansprucht werden.

Demokratische Entscheide sind immer nur vorläufig. Neue Argumente stellen alte Entscheide in Frage. Das nie endende Aushandeln vorläufiger Entscheide als Erfolgsrezept direkter Demokratie benötigt aber Zeit und breite Abstützung. Die «Sofortmentalität», wie sie sich zunehmend in Umsetzungsforderungen von (Durchsetzungs-)Initiativen zeigt, aber auch die Delegation des Aushandelns an Verfassungsrichter schaden dem System halbdirekt-demokratischer Entscheidungsfindung daher eher als ein zunehmender Gebrauch der Volksrechte.